

Würzburger KV-Tage 2007

herausragend gut besucht



Blick in das Auditorium

Über 140 Teilnehmer besuchten die 37. Würzburger KV-Tage vom 5. bis 7. Januar 2007. Der Saal im Burkardus-Haus in Würzburg war bis auf den letzten Platz gefüllt. Offenbar war das vom Leitungsteam Pfarrer Hans-Joachim Leciejewski, Professor Dr. Hans-Georg Wehling und Dr. Günter Georg Kinzel gewählte Thema „Die EU – ein Christenclub?“ aktuell und attraktiv. Kaum ein Thema beschäftigt Deutschland gegenwärtig mehr als die Frage nach der Integration der Zuwanderer aus dem islamischen Kulturkreis, die vorwiegend aus der Türkei stammen. Angesichts der Beitrittsverhandlungen zur EU mit der Türkei wird die Frage gestellt, ob die Türkei zu Europa passt. Drei Kernfragen wurde in diesem Seminar nachgegangen: wie dialogfähig ist der Islam? Wie demokratiefähig sind islamisch geprägte Länder? Und letztlich: wie europafähig ist die Türkei?

In seiner Begrüßung sprach Kb Dr. Kinzel im Zusammenhang mit der Integration von Zuwanderern aus dem islamischen Kulturkreis besonders die Frage der eigenen europäischen Identität an, eines Europa, das maßgeblich bis in unser 21. Jahrhundert von Antike, Christentum und Aufklärung geprägt ist. Zum Thema „Wie dialogfähig ist der Islam?“ referierte der Tübinger Orientalist Matthias Hofmann, geboren in Teheran, der u.a. insgesamt ein Jahr im Rahmen der ISAF als Reserveoffizier beratend in Afghanistan tätig war. Er führte u.a. aus, dass sich seit den ersten Anwerbeverträgen mit Arbeitnehmern aus der Türkei seit 1961 keine europäische Regierung mit dem Islam als Glaubensrichtung und Gesellschaftsform wirklich auseinandergesetzt habe. Angesichts von ca. 15 Mio Muslimen in Europa – davon ca. 3,2 Mio in Deutschland - und der ursprünglichen Erwartung, dass die meisten „Gastarbeiter“ bald in ihre Heimatländer zurückkehren würden und einzelne sich von selbst integrieren würden, angesichts der tatsächlich erfolgten Ghettobildung und Nichtassimilierung und in größerem Umfang fehlender Integration war das eine Falschannahme. Erst in jüngster Zeit nehme man diese Probleme in der Politik wahr und die Islamkonferenz vom September 2006 sei ein guter Ansatz für gemeinsam erarbeitete Lösungen. Hofmann plädierte für einen Dialog mit den Muslimen auf gleichberechtigter Ebene, bessere Kenntnisse von beiden Seiten über die unterschiedlichen Kulturen und Wertvorstellungen und die Fortsetzung des Dialogs bis hinunter zur Basis.

Professor Dr. Peter Pawelka, Leiter des Arbeitsbereichs Vorderer Orient am Institut für Politikwissenschaften der Universität Tübingen und durch zahlreiche Forschungsaufenthalte seit 1962 in der Türkei, in Syrien, Ägypten, Iran und Jemen sowie als Gastprofessor in Palästina, Israel, Oman und im Libanon sehr erfahrener Wissenschaftler, referierte zum Thema der Demokratiefähigkeit islamisch geprägter Staaten am Beispiel der Türkei. Unter Verweis auf die bürokratische Modernisierung des Osmanischen Reiches und insbesondere die Reformen unter Mustafa Kemal Atatürk ging er drei Kernfragen nach:

- Kann die Türkei Mitglied der Europäischen Union werden? Verfügt sie über ausreichend Kapazitäten der Anpassung? Diese Frage wurde von Professor Pawelka mit einem klaren Ja beantwortet, weil die Türkei in über 200 Jahren dramatischer Reformen sich zum am stärksten entwickelten und verwestlichten Land des Vorderen Orients entwickelt hat.



Kb Dr. Martin Flesch (Arn, Th) und die Streicher des KV-Orchesters

- Sollte die Türkei Mitglied der EU werden? Diese Frage beantwortete Professor Pawelka sehr kritisch. Er verwies eingehend auf die vom türkischen Staat und der Gesellschaft vertretenen Werte, die europäischen politischen Kulturen widersprechen und die seit den 1980er Jahren eingetretene „Re-Orientalisierung“ der türkischen Wertebasis.
- Besonders interessant war Professor Pawelkas dritte Frage, ob die Türkei Mitglied der EU werden will. In den Staaten der EU wird gewöhnlich davon ausgegangen, dass dies ja Ziel aller Türken (und nicht nur dieser) sein müsse. Pawelkas Beurteilung: für ihn ist schwer ersichtlich, welches Elitensegment in der Türkei von einer EU-Mitgliedschaft profitieren sollte. Seine Vermutung: die Türkei reizt in den Verhandlungen mit der EU nur alle politischen und wirtschaftlichen Vorteile aus, ohne ernsthaft die Mitgliedschaft anzustreben.

Viele Teilnehmer nutzten die Gelegenheit, über diese Thesen höchst engagiert zu diskutieren.

Trotz des nasskalten Wetters nahmen die meisten Teilnehmer am Nachmittag an der Stadtführung mit dem Diözesankonservator der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Wolfgang Urban, teil. Durch seine kompetente und lebhaft Art verstand es Urban, die geistliche Topographie der Stadt freizulegen und zu zeigen, wie sich die Ursprünge und Anfänge dieses Gemeinwesens bis zum heutigen Tag im Stadtbild spiegeln, wie die Gestaltungskraft des christlichen Glaubens über 1200 Jahre hinweg den Herrschafts- und Bischofssitz Würzburg durchformte und prägte.



Prof. Dr. Ali Dere und Kb Dr. Günter Georg Kinzel



V.l.n.r. Wolfgang Urban, Kb Dr. Günter Georg Kinzel, Prof. Dr. Ali Dere, Prof. Dr. Peter Pawelka, Matthias Hofmann, Kb Hans-Joachim Leciejewski

Vom Burkardushaus, Jahrhunderte lang Ort der weiterhin berühmten Domschule, führte der Gang zur Universität. Diese wurde in der Zeit der inneren Reform der Kirche und der Festigung des katholischen Glaubens von Bischof Julius Echter von Mespelbrunn 1582 ins Leben gerufen. In der Figurengruppe über dem Türsturz mit der Darstellung der Herabkunft des Heiligen Geistes findet sich am Rande auch Julius Echter im Kreis Marias und der Apostel und zeigt sich so nicht nur als Nachfolger der Apostel, sondern auch als Teilhaber der Gaben des Heiligen Geistes. Der Weg führte die Teilnehmer über die Franziskanerkirche als Ort der geistig-geistlichen Erneuerung, wo auch ein so erlauchter Geist wie Albertus Magnus wirkte, der in Würzburg eine seiner produktivsten Schaffensperioden hatte. Die Gruppe sah das ehemalige Wohnhaus des großen Baumeisters Balthasar Neumann, das Wohn- und Sterbehaus des Bildhauers Tilman Riemenschneider und erlebte den Domplatz und Dom, dessen Grundriß die Gestalt des Kreuzes widerspiegelt, das bewusst ins Zentrum der Stadt gerückt worden ist. Die Teilnehmer konnten so das Kreuz Christi als Mittelpunkt der Stadt und die Hauptachse des Verkehrs über die Mainbrücke als zum Kreuz und zum Dom und damit dem geistlichen Mittelpunkt führend erleben. Die Führung endete im Kloster St. Burkardus, wo der Bonifatiuschüler Burkardus 741/42 seinen ersten Bischofssitz nahm.

Höchst willkommen war allen Teilnehmern das Konzert des Streicherensembles des KV-Sinfonieorchesters unter Leitung von Kb Dr. Martin Flesch. Der Vorsitzende des KV-Rats, Kb Karl Kautzsch, dankte den Musikerinnen und Musikern unter warmem Applaus des Auditoriums für ihr engagiertes Spiel.

Der Sonntagmorgen vereinte die Teilnehmer des Seminars zum Gottesdienst in der Marienkapelle am Marktplatz. In seiner Predigt ging Kb Pfarrer Leciejewski unter Bezug auf das Thema der KV-Tage auf die Notwendigkeit und die Fähigkeit zum Dialog ein. Die uns in Jesus Christus geschenkte Erlösung hat

Dialogcharakter – der menschengewordene Logos (Johannesprolog), das zur Antwort rufende Wort ist das Zentrum unseres Glaubens. Dieses „ewige Wort des Vaters“ kennt keine Berührungsgänge mit der Welt, es sucht den Kontakt (reicht sich ein in die Gemeinschaft der Taufbewerber am Jordan), ohne dabei sein Ureigenes aufzugeben. Wenn Jesus Christus selbst den Dialog mit der Welt sucht, dann sind die Menschen in seiner Nachfolge, die an ihn Glaubenden, Menschen des Dialogs mit der Welt. Hier siedelt sich theologisch das Prinzip des KV, die Trias von Glauben (Rückbindung an Gott), Wissenschaft



Blick vom Burkadus-Haus auf den Dom

(gestaltende Auseinandersetzung mit der Welt, Teilhabe an der Schöpfung), und Freundschaft (der/die Nächste ist Dein Bruder/ Deine Schwester) an. Als Quintessenz eine offene Frage: Wenn die Würzburger KV-Tage 2007 nach der Dialogfähigkeit des Islam fragen, so muß zugleich die Frage nach der Dialogfähigkeit des Christen gegenüber den Menschen muslimischen Glaubens gestellt werden.

Professor Dr. Ali Dere, Außenbeauftragter der türkischen Religionsbehörde, unternahm es, der Problematik der Frage nach dem islamischen Religionsunterricht nachzuspüren. Er ging auf die unterschiedlichen Vorstellungen und Traditionen der in Deutschland lebenden Muslime ein, erwähnte die Schwierigkeiten für Außenstehende, zu erkennen,

welche Handlungsmuster religiös und welche traditionell begründet sind und führte aus, dass die Entscheidung, welche Rechtsschule eine Rechtsschule oder Konfession im Sinne des Grundgesetzes sein kann, nur von der Wissenschaftstradition des Islam getroffen werden kann. Angesichts eines teilweise vorhandenen negativen Islambilds gebe es in der deutschen Öffentlichkeit den Wunsch, ordentlichen islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache zu erteilen. Dere stellte auch die Frage, ob die Versuche, islamischen Religionsunterricht auf der Basis der Vorstellungen einzelner islamischer nicht repräsentativer Vereine zu erteilen, zielführend gewesen seien. Dere plädierte für die Einführung eines ordentlichen islamischen Religionsunterrichts, wodurch das gegenseitige Verständnis gewinnen würde und in den Schulen Kinder verschiedener religiöser Gruppierungen auf einer gemeinsamen Wissensbasis zusammengebracht werden könnten.

In einer unglaublich lebhaften, engagierten und fundierten Diskussion mit allen Referenten zeigte sich die hohe Diskussionskultur der Teilnehmer in Würzburg. Von verschiedenen Teilnehmern wurde auf die Grundsätze des staatlichen Religionsunterrichts in Deutschland verwiesen, die auch bei Einführung islamischen Religionsunterrichts zu beachten seien. In den christlichen Kirchen findet Religionsunterricht auf zwei Ebenen statt: auf der Ebene der Gemeindepastoral, im Kommunionunterricht, Firmunterricht, Konfirmationsunterricht, zum anderen durch staatlichen Religionsunterricht an den Schulen. Deutlich wurde herausgearbeitet, dass im Falle staatlichen islamischen Religionsunterrichts keineswegs die Vorstellungen islamischer Eltern ausschlaggebend seien, sondern die Richtlinien des Staates. Und dieser Staat kann keinen Religionsunterricht zulassen, in dem Grundsätze der Verfassung wie der Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes, die Gleichwertigkeit aller Religionen und Glaubensformen innerhalb des Staates nicht beachtet werden. Angesprochen wurde das Recht der freien Religionsausübung sowie das Recht, ohne Sanktionen und Strafen konvertieren oder aus einer Religionsgemeinschaft austreten zu dürfen. Auch der Islam werde wie alle christlichen Bekenntnisse innerhalb des staatlichen Religionsunterrichts wissenschaftliche, näherhin religionswissenschaftliche und philosophisch-ethische Reflexionen, zulassen müssen. Er wird bereit sein müssen zum Vergleich der Religionen wie des Buddhismus, Hinduismus und des Christentums sowie des Islam untereinander. Wie die christlichen Kirchen wird auch der Islam dem Staat das Recht einräumen müssen, bei aller Wahrung der Zuständigkeit für Auswahl und Bestimmung der Inhalte und der Lehrkräfte Korrekturen hinsichtlich der Einhaltung der staatlichen Rahmenbedingungen zu verlangen.

Günter Georg Kinzel